

Peter Melichar

# Ein Advokat als Vermittler zwischen Staat und Markt

Otto Ender, ein Fall für die Wirtschaftsgeschichte?

*Abstract: A lawyer as intermediary between state and market. Otto Ender, a case for economic history?* As provincial governor of Vorarlberg and federal chancellor in 1930–31, Otto Ender had to tackle a number of tricky economic issues. They ranged from building up his province's electricity supply to the near collapse of the *Creditanstalt* (CA), with its potentially disastrous ramifications for international finance. In principle, Ender preferred the state not to meddle with the economy, but in practice he often intervened in business affairs. The article shows that he justified such interventions as essentially defensive actions: the ‚good Christian people‘ had to be ‚protected‘ against the negative consequences of modernization.

*Key Words:* Austria, Politics, Provincial Administration, Economic History, Tourism, Creditanstalt (CA)

## Fragen, eine politische Karriere betreffend

Ist das Tun eines Politikers im Feld der Wirtschaft Sache der Wirtschaftsgeschichte? Sind seine Praktiken und seine Netzwerke eher Angelegenheit der Politik- oder Zeitgeschichte? Oder können bzw. müssen sie Gegenstand kulturwissenschaftlicher Forschung oder einer „Kulturgeschichte des Ökonomischen“ werden? Oder umgekehrt einer „Wirtschaftsgeschichte in kultureller Erweiterung“<sup>1</sup>? Oder gar einer Sozialgeschichte der Politik? Kommt es darauf an, was er tut? Oder hängt es davon ab, welche seiner Praktiken man auswählt? In diesem Artikel geht es darum zu zeigen, wie „Wirtschaft“ durch einen Politiker der Zwischenkriegszeit wahrge-

---

Peter Melichar, vorarlberg museum, Kornmarktplatz 1, 6900 Bregenz; [p.melichar@vorarlbergmuseum.at](mailto:p.melichar@vorarlbergmuseum.at)

nommen und gemacht wurde. Otto Ender<sup>2</sup> hatte als Landeshauptmann, Bundesrat, Bundeskanzler und Minister auf ganz unterschiedliche Weisen mit Wirtschaft zu tun. Als Landeshauptmann war er an Modernisierungsprojekten zur Verbesserung der Infrastruktur interessiert. Mit Problemen der österreichischen Verwaltung konfrontiert, bemühte er sich um Reformen und Rationalisierungen im öffentlichen Sektor. Angesichts der Nöte einzelner Unternehmer, intervenierte er bei Ministerien, Finanzbehörden und Banken. Von den großen ökonomischen Krisen der Zeit bedrängte und verwirrte Bürgerinnen und Bürger unterstützte er in ihren Anliegen genauso, wie er ihre Fragen beantwortete.

Die Landeshauptleute der Ersten Republik Österreich waren zumeist langjährig amtierende Berufspolitiker. Fast alle waren in große ökonomische Modernisierungsprojekte, vor allem den Ausbau der Wasserkraft, eingebunden. Das galt auch für Otto Ender. Nach einem Jusstudium war er zunächst als Anwalt tätig. 1915 wurde er Obmann der Vorarlberger Christlichsozialen. Während des Ersten Weltkrieges machte er Karriere als Direktor der Vorarlberger Hypothekbank und wurde nach Kriegsende 1918 Landeshauptmann. Von 1920 bis 1934 saß er auch im Bundesrat. Im Dezember 1930 wurde ihm der Auftrag erteilt, eine Bundesregierung zu bilden. Nach deren Scheitern im Juni 1931 zog er sich wieder nach Vorarlberg zurück. Im August 1933 trat er als Minister ohne Portefeuille, aber mit dem Auftrag, eine neue ständestaatliche Verfassung vorzubereiten, in die Regierung Dollfuß ein.<sup>3</sup> Die autoritäre Verfassung vom 1. Mai 1934 entstand auf Basis der von ihm erarbeiteten Entwürfe. Im Sommer 1934, nach der Ermordung von Dollfuß, trat er zurück und wurde Präsident des Rechnungshofes.

Lässt sich in den diversen Einsätzen Enders im Bereich der Wirtschaft eine Logik entdecken, die über den üblichen politischen und administrativen Pragmatismus und über den christlichsozialen Wertekanon hinaus eine Erklärung für sein Tun liefert? Könnte sein Eingreifen in Fragen des Fremdenverkehrs, der Elektrizitätswirtschaft, des Genossenschaftswesens, seine zahlreichen anderen Interventionen im Bereich der Wirtschaft und schließlich – als Bundeskanzler – sein Umgang mit der Bankenkrise, dem Zusammenbruch der Credit-Anstalt (CA) durch ein mächtiges Motiv, eine mit Erfahrungen und Interessen aufgeladene politische Idee, organisiert worden sein?

## Das Schutz- und Abwehrmotiv

Eines der frühesten Dokumente, das die Ansichten des Politikers Otto Ender belegt, ist eine 1910 gehaltene Rede mit dem Titel „Unser Volkstum und sein Schutz“.<sup>4</sup> Sie zeigt, dass Wirtschaft in der Auffassung Enders höchst ambivalent war. Einerseits

galt der eigene ökonomische Zusammenhang, von der Familie angefangen über die Wirtschaft einer Gemeinde bis hin zur Ökonomie eines Landes in ihrer Eigenart als schützenswert gegenüber äußeren Bedrohungen. Andererseits sah er, dass auch bestimmte Elemente dieser heimatlichen Ökonomie, insbesondere die Industriebetriebe, letztlich aber sogar die Wirte in einem Fremdenverkehrsort, eine ökonomische und soziale Dynamik zu entfesseln vermochten, die den traditionellen Wertekanon bedrohte. „Staatliche und private Unternehmen“, so beobachtete er, „rufen zahlreiches Volk aus fremden Ländern herbei, was nicht ohne Wirkung auf das Land bleiben kann. Während man zur Blütezeit des Liberalismus die möglichste Völkermischung und ein gewisses Weltbürgertum als Gipfel der Kultur betrachtete, so erblickt man jetzt mit Recht darin eine Bedrohung des Volkstums und völkischer Eigenart.“ Bedroht sah Ender durch die Folgen der wirtschaftlichen Entwicklung vor allem Sprache und Rasse. Niemand verlange zwar, „daß wir Erbgesessene die Muttersprache aufgeben“, doch man wolle auch „kein zweisprachiges Vorarlberg“. So würde nicht nur „die Verwaltung verteuert“, sondern das führe auch zu „Gegensätzen“ und „Kämpfen“, verzehre „Volkskraft sowie -wohlstand“. Abgesehen von der Sprachproblematik sei es für die „körperlichen und geistigen Eigenschaften“ – die in ihrer Kombination in der zeitgenössischen Vorstellung „die Rasse“ ausmachten – nicht gut, „wenn Romanen und Germanen zusammenheiraten“. Ihre Nachkommen seien „physisch und moralisch gefährdet“. Das verknüpfte Ender mit einem Plädoyer für „Rassereinheit“ bzw. gegen „Blutmischung“, also gegen „Mischehen“: „Das ist gerade eine Ursache der Widerstandsfähigkeit des Judentums, daß sie durch Gesetz und religiöse Anschauungen ferngehalten werden von der Blutmischung und so die Rassenreinheit erhalten.“<sup>5</sup> Ender übertrug die auf den Nationalitätenstreit zwischen Slawen und Germanen in der Monarchie bezogenen Maximen deutschnationaler Schutzarbeit auf die Verhältnisse Vorarlbergs. Es waren alte – an einer landwirtschaftlich dominierten Ökonomie orientierte – ökonomische Bilder und Vorstellungen, die Ender auf ein Land projizierte, das um 1910 nach einer intensiven Modernisierung das am stärksten industrialisierte im Habsburger Reich war<sup>6</sup> und dementsprechend viele Zuwanderer und Zuwanderinnen aufwies. Auf diese Dynamik, ausgelöst durch Entwicklungen auf den nationalen und internationalen Märkten, reagierte Ender mit der Suche nach Gegengewichten und nach Steuerungselementen. Seine Abwehrhaltung orientierte sich an der Verteidigung religiöser Werte.

„Die Trachten unserer Gebirgstäler bieten einen Schutz für die Eigenschaften der Talbewohner, heben sich wertvoll ab vom Modetand der Städte und halten viel modernes schädliches Wesen fern. Unsere wahren Volkssitten sind nicht zu verwechseln mit nachgeäfften altheidnischen Gebräuchen, die unserem Alemannenwesen fremd sind und ab und zu in tendenziöser Art eingeführt werden. – Nationale Schutzarbeit im eminenten Sinne verrichtet, wer

das edelste und höchste Gut des Volkes schützt, seinen Glauben, diese Quelle einer dauernden und durchgreifenden Volksmoral.“<sup>7</sup>

Zwanzig Jahre später – Ender war zu diesem Zeitpunkt schon seit elf Jahren Landeshauptmann – formulierte er in einem Schreiben an den Tiroler Heimwehrführer Richard Steidle seine Prinzipien: „Die liberale Staatsauffassung und die liberale Wirtschaftsauffassung und die kapitalistische Wirtschaftsordnung sind ohne Zweifel dem Christentum fremd. Ebenso sicher ist eine ständische Gliederung des Volkes durchaus christlicher Auffassung entsprechend.“ Allerdings sehe er eine Gefahr darin, den Leuten vorzumachen, es ließe sich „eine solche ständische Gliederung in wenigen Jahren herbeiführen [...]“. Das halte ich für ebenso unrichtig, wie wenn die Sozialdemokraten glauben, es lasse sich in kürzester Zeit von wenigen Jahren die kapitalistische Weltordnung überwinden. Beides sind nach meiner Auffassung Utopien.“<sup>8</sup>

Das Bekenntnis zu religiösen Werten, zu Christentum und Glauben einerseits, die skeptische Schutz- bzw. Abwehrhaltung gegenüber der „kapitalistischen Wirtschaftsordnung“ und ihren Folgen andererseits, bildeten dauerhafte Konstanten in Enders Denken. Gleichmaßen wirksam jedoch war das Schutz- und Abwehrmotiv, das sich vor allem auf Fremdes, von außen Kommendes richtete. Was von außen kam und was immer schon zum eigenen Volk gehörte, war und ist jeweils eine zeitgebundene Konstruktion. So konnte Ender – antisemitischen Stereotypen folgend – einerseits in Feldkirch und Bregenz lebende jüdische Kaufleute und Bankiers lobend erwähnen, andererseits verallgemeinernd vor „dem Juden“ warnte, der „heute in fast allen europäischen Staaten die Finanzen“ kontrolliere und bestrebt sei, „die Kontrolle des Parlaments zu übernehmen und selbst die Kontrolle der Regierung“.<sup>9</sup> Auch hier ging es um Schutz und Abwehr. Dieses Motiv war weitverbreitet. Einer seiner prominentesten Vertreter war Max Weber, der 1895 in seiner akademischen Antrittsrede im Zusammenhang mit der Anwerbung und Ansiedlung polnischer Landarbeiter durch das im „ökonomischen Todeskampf“ liegende ostpreussische Junkertum forderte, „daß wir das Deutschtum des Ostens als solches für etwas halten, das geschützt werden und für dessen Schutz auch die Wirtschaftspolitik des Staates in die Schranken treten soll.“<sup>10</sup>

Man kann das Schutz- und Abwehrargument Enders vielleicht als eine besondere Variante der von Albert O. Hirschman untersuchten „Gefährdungsthese“ begreifen;<sup>11</sup> gefährdet allerdings sah Ender nicht abstrakte Werte wie „die Freiheit“ oder Institutionen wie den „Wohlfahrtsstaat“ und die „Demokratie“, sondern die Bevölkerung oder zugespitzt das Volk und dessen spezifische Kultur. Bezeichnend war ein Rundschreiben vom Jänner 1933, in dem er als Landeshauptmann auf eine in seinen Augen bedrohliche Entwicklung auf einem der problematischsten Märkte reagierte, dem Arbeitsmarkt: „Die steigende Arbeitslosigkeit in Vorarlberg und die

grosse Zahl der das Land bettelnd durchziehenden Personen aus anderen Bundesländern und aus dem Auslande zwingen das Amt der Landesregierung, besondere Massnahmen zur Eindämmung des Bettlerunwesens zu ergreifen.“ Diese Personen würden „die öffentliche Mildtätigkeit in beinahe unerträglichem Masse in Anspruch nehmen“. Sie seien eine Gefahr für das Land, „auch wegen ihrer grossen Zahl, ihrer kommunistischen Werbetätigkeit und ihres oft drohend gestellten Begehrens auf Verabreichung von Almosen“. Mit „Abschiebung oder Abschaffung“<sup>12</sup> sei gegen Personen vorzugehen, deren Heimatzuständigkeit außerhalb Vorarlbergs liege und „wandernd den Bettel ausüben oder sonst die öffentliche Mildtätigkeit in Anspruch nehmen“. Die Gendarmerieposten sollten „mit besonderem Eifer an der Säuberung des Landes von den landfahrenden Elementen“ mitarbeiten. Vor allem sei der „weitere Zuzug arbeitsloser Wanderer nach Vorarlberg“ zu verhindern.<sup>13</sup>

Dieses Vorgehen erregte Aufsehen. Es kam am 26. Jänner zu einer „dringlichen Anfrage“ im Nationalrat.<sup>14</sup> Am selben Tag erschien in der *Arbeiter-Zeitung* ein Artikel mit dem Titel: „Abschieben! Die Vorarlberger Lösung der sozialen Frage“.<sup>15</sup> Wiederum zwei Tage später richtete Bundeskanzler Engelbert Dollfuß ein Telegramm an die „Landesregierung Bregenz“: „Ersuchen bei Abschiebung Arbeitsloser Härten und Unbilligkeiten zu mildern oder aufzuheben sowie über Gesamtktion ehestens ausführlichen schriftlichen Bericht zu erstatten. Express-Erlaß folgt. Dollfuß“.<sup>16</sup> In seiner Antwort an das Bundeskanzleramt und die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit rechtfertigte Ender das Vorgehen durch eine akribische Aufzählung und rechtliche Kategorisierung der aufgegriffenen Personen und der eingeleiteten Verfahren. Die gesamte Aktion, in deren Rahmen 133 Verhaftungen vorgenommen worden waren, habe sich – sofern man von den durchziehenden Bettlern, deren Entfernung aus sicherheitspolizeilichen Gründen geboten erschien, absehe – bisher auf 15 Inländer und 3 Ausländer beschränkt.<sup>17</sup>

## Fremdenverkehr: Soziale Wohltat oder Bedrohung?

Ein Manuskript Otto Enders für einen Beitrag in *Der Skiläufer*, dem Organ des *Österreichischen Schiverbandes* (ÖSV), erhellt seinen Blick auf den Tourismus und seine Bedeutung. Ender betonte, dass der Winterfremdenverkehr den Bewohnern der Alpentäler Einnahmequellen eröffnet hatte, „an die vor wenigen Jahrzehnten niemand denken konnte. Die überreiche Schneefülle, die man früher zu den Daseinserschwernissen zählte, sind heute ein Glück und ein Segen geworden.“<sup>18</sup> Ergänzt, aber auch unterminiert wird das Bild durch eine Rede Otto Enders, die er einige Jahre zuvor im Landtag gehalten hatte.<sup>19</sup> Hier nahm er Bezug auf eine Kritik des großdeutschen *Vorarlberger Tagblatt*,<sup>20</sup> das „den maßgebenden Kreisen der Lan-

desregierung“ vorwarf, „noch immer nicht genügend Verständnis für die volkswirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs“ aufzubringen. Ender zerpfückte diesen Vorwurf, indem er sich für eine gesamtösterreichische Fremdenverkehrswerbung aussprach. Damit könne „großzügiger und rationeller“ gearbeitet werden, als wenn jedes Bundesland nach Tiroler Vorbild seine eigenen Fremdenverkehrsvertretungen im Ausland aufbauen würde. Man habe außerdem auch bisher keineswegs ein „leeres Land“ gehabt;<sup>21</sup> wichtiger als eine quantitative Steigerung sei „die Qualität“. Deren Pflege liege hauptsächlich in der Hand der Gastwirte. Der Aufruf zur Eigeninitiative der Wirtinnen und Wirte gipfelte in der Erkenntnis, es komme alles darauf an, „dass unsere Gastwirte mehr und mehr lernen, mit den Fremden richtig umzugehen, ihre Bedürfnisse zu berücksichtigen und sie ja nicht als Ausbeutungsobjekt zu betrachten, sondern ihn so zu behandeln, dass er eine dauernde Liebe zu unserem Land gewinnt [...]“. Dann aber kam Ender auf die Schattenseiten des Tourismus zu sprechen, die schwerwiegenden Gefahren und Bedrohungen, mit denen er „naturgemäß verbunden“ sei. Der Fremdenverkehr sei nicht „Selbstzweck“. Das wichtige Einkommen, „teils Haupteinkommen, teils Nebeneinkommen“, das die Bevölkerung im Tourismus verdiene, müsse die Schäden überwiegen.

„Ich meine nicht, dass eine Gefahr darin gelegen sei, dass aus Deutschland Protestanten hereinkommen. Ich bin nicht so eng eingestellt. [...] Aber ich weiß auch, dass andere Ware hereinkommt. Gesindel, wenn es auch aus höheren Kreisen kommt, aber doch diesen Namen Gesindel verdient, Gesindel, dem unsere Mädchen nur ein Freiwild sind. Es sind Schäden, wenn solche abgelebte Berliner Damen herkommen, die sich schon voll gesättigt haben an den Genüssen, die in der Großstadt zu haben sind und ihre Freude nur noch an den gesunden echten Vorarlberger Bauernburschen haben und glauben, er sei nur für sie ein Lustobjekt und nur dazu da, dass sie ihn genießen können. Das sind nicht Erscheinungen, die ich aus der Luft gegriffen habe, sondern Erscheinungen, die auf unserem Boden wachsen und gedeihen, die aufs höchste bedauerlich sind, wenn sie nicht vereinzelt blieben, wie sie heute sind, was ich hoffe und wünsche, sondern an Ausdehnung gewinnen würden, die dann wahrhaftig mehr Schaden brächten, als ich in einem finanziellen Vorteil des Fremdenverkehrs Gewinn sehen würde.“<sup>22</sup>

Ender wollte seine Ausführungen als „Warnung“ verstanden wissen. Man dürfe sich nicht durch Fremde Glauben, Sitte und Landessitte nehmen lassen. Dagegen müsse „unser Volk sich wehren.“ Auch hinter seiner Kritik an Gastwirten, die „um des Gelderwerbes willen alles dulden und jedes Mittel für recht finden“, ist unschwer das Motiv von Abwehr und Schutz zu erkennen, übertragen auf einen jungen Wirtschaftszweig, der bislang abgelegene Täler in ökonomischer und sozialer Hinsicht binnen weniger Jahre völlig auf den Kopf stellte. Ender hatte, was den Tourismus

betraff, nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Gemeinden im Sinn, für ihn ebenso wichtige Wirtschaftssubjekte. Als sich die Wirte von Lech und Zürs an ihn wandten, weil der dortige Gemeindevorsteher Anton Walch die Fremdenabgabe verdoppeln wollte und sie außerdem Bedenken wegen zweier öffentlicher Bauprojekte hatten, schrieb er an Walch, dass die Landesregierung nicht einschreite, „solange sich die Fremdenzimmerabgabe im gesetzlichen Rahmen“ bewege. Doch er gab dem Gemeindevorsteher den Rat: Er solle schlicht das Gesetz<sup>23</sup> „richtig“ anwenden, dann ergäbe sich noch ein viel höherer Betrag. Wenn er die Abgabe alle 14 Tage einhebe, „würden die Wirte viel mehr bezahlen als heute und dazu noch viel leichter bezahlen. Man zahlt nämlich leichter solange das Geld und der Champagner fließen, als später in der trockenen Zeit.“ Ender rechnete vor, dass die geplante Pauschalierung, über die sich die Wirte beschwert hatten, nur etwa 20.000 Schilling brächte. Er könne aber „richtig bemessen und streng eingehoben“ 40–50.000 Schilling erzielen. Bezüglich der Bauprojekte gab Ender wiederum den Wirten recht. Während der Gemeindevorsteher Pfarrhaus und Schule gleichzeitig bauen wollte, waren die Wirte der Meinung, man solle mit dem zweiten Bau etwas warten. Ender wies darauf hin, dass 160.000 Schilling Schulden für Lech „tatsächlich etwas viel“ seien und man wüsste nicht, ob der Bund aufgrund großer Widerstände die Fremdenzimmerabgabe einmal aufhebe. Wenn dieser Fall eintrete und der Geschäftsgang schlecht ist, „wie steht dann Lech da?“<sup>24</sup> Enders Vermittlungsversuch scheint gefruchtet zu haben: Der Pfarrhof wurde wie geplant noch im Jahr 1930 erbaut, die Schule erst 1937.

Der Fremdenverkehr war aus der Perspektive Enders nicht auf das Verhältnis von Gast und Wirt, also auf bloße Betriebswirtschaft zu reduzieren. Kamen regelmäßig Gäste, so zog das eine Vielzahl von Veränderungen – mit kulturellen und sozialen Dimensionen – nach sich: Die Sitten und Gebräuche änderten sich, sogar das Beziehungsleben und Heiratsverhalten. Das Problem, „wie schwer durch den Fremdenverkehr die Aufrechthaltung einer gesunden religiösen Auffassung im Volke wird, wie manche Gefahren für die Sittlichkeit des Volkes damit verbunden sind“, besorgte den Landeshauptmann. Dass die traditionellen religiösen Auffassungen den Anforderungen, eine moderne Gesellschaft zu verstehen und zu erklären, nicht mehr genügen konnten, wurde ausgeblendet. Von außen kamen auch, verkörpert durch den Gast, neuartige Verlockungen, etwa „das „Kennenlernen von Reichtum und oft ziemlich verantwortungslosem Geldausgeben“, das den Einheimischen erst die eigene Armut bewusst mache und – wie Ender befürchtete – „die soziale Zufriedenheit“ zerstören könnte.“<sup>25</sup> Stellte die Religion hier tatsächlich einen Schutz dar, wie Ender sich das vorstellte oder wünschte? Wohl kaum. Am ehesten bot die von Lucie Varga als „ökonomische Realität“ konstatierte Nachbarschaftsmoral<sup>26</sup> Resistenz gegenüber bestimmten neuen Praktiken, allerdings auch sie nur in Gren-

zen und nicht auf Dauer. Denn diese aus landwirtschaftlichen Zusammenhängen stammende – und keineswegs von der Transformation der Wirtschaftsweise unabhängige – Moral samt den dazugehörigen Sitten und Gebräuchen stand in erbitterter Konkurrenz mit neuen Werten und ökonomischen Praktiken.

## Schutz von Landesinteressen – die Elektrizitätswirtschaft

Dass Privatunternehmen Elektrizitätswerke errichteten und Überschüsse an Gemeinden verkauften, kennzeichnete die Frühphase der Elektrifizierung.<sup>27</sup> Fast alle kleineren und größeren E-Werke wurden mit privatem Kapital errichtet. Bedingt durch den Weltkrieg und seine Folgen kam es erst zwischen 1923 und 1928 zu einer größeren Vergesellschaftung der Wasserkraft. Vor allem der Zerfall der Donaumonarchie und der dadurch bedingte Wandel in der Energieversorgung, insbesondere die Verteuerung der Kohle – die Kohlenabbaugebiete der Monarchie lagen nun größtenteils im Ausland – hatten zu einem Umdenken geführt. Dennoch war die Art der Umsetzung umstritten. 1920 betonte der Landeshauptmann in einer Stellungnahme, „dass bisher alle Beschlüsse über den Ausbau der Wasserkräfte und die Elektrizitätsversorgung im Landtage von allen politischen Parteien einstimmig gefasst wurden.“ Die beratenden Experten gehörten, darauf wies Ender hin, überwiegend nicht der christlichsozialen Partei an.<sup>28</sup>

Es bedurfte jedoch langwieriger Vorbereitungen und Verhandlungen, bis die Landesregierung Kontrolle über die Elektrizitätswirtschaft des Landes gewann. Die wichtigsten Schritte bestanden in der Gründung von drei Gesellschaften, an denen das Land beteiligt war und dem Erwerb einer vierten Gesellschaft, des bis dahin bestehenden größten privaten Stromproduzenten, der *Vorarlberger Kraftwerke* (VKW). Durch die Gründungen und Übernahmen binnen weniger Jahre waren aus Sicht Enders die Interessen des Landes und seiner Bevölkerung gesichert. Vor allem die Not an Kohle wie der Mangel an Kapital hatte die Erkenntnis reifen lassen, dass die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen für eine industrialisierte Region höchst bedrohlich war: 1921 wurde eine Gesellschaft mit dem Namen „Landeskraftleitung“ gegründet, an der sich das Land Vorarlberg mit 51 Prozent beteiligte. 1924 wurde die Vorarlberger Landes-Elektrizitäts-AG<sup>29</sup> gegründet, an der das Land wiederum mit 51 Prozent beteiligt war. Finanziert wurde das Projekt mit einer hohen Energieabgabe. In diesem Zusammenhang intervenierte Landeshauptmann Ender beim Finanzministerium, da das Rahmengesetz für die Einhebung von Elektrizitätssteuern durch Land und Gemeinden die Höchstgrenzen – aus der Sicht Enders – zu niedrig ansetzte. Er meinte, für später seien diese Grenzen zwar „ganz recht“, aber Vorarlberg befände sich gerade in einer Ausnahmesituation:



„Wir bauen das Gampadelswerk und zwar im Interesse der heutigen Strombezieher. Mit sehr viel Mühe führen wir den Bau so durch, daß das Land 51 % der Aktien hat und die übrigen Aktien in Händen der Gemeinden und der Industriellen sind. Wir bleiben also Herren im Lande und werden nicht fremdem Kapital dienstbar. Das wird ausserordentlich hoch gewertet und aus diesem Grunde ist die ganze Bevölkerung einhellig entschlossen, auch große Opfer zu bringen.“<sup>30</sup>

Während man bei kleineren Projekten – wie beim Gampadelswerk – versuchte, sie aus Mitteln des Landes zu finanzieren, war das bei größeren Stauseen und Kraftwerksprojekten unmöglich. Spätestens seit 1919 hatte die Landesregierung nach ausländischen Interessenten und Finanziers gesucht, um einen großzügigen Ausbau weiterer Wasserkraftwerke umzusetzen. 1922 bildete man gemeinsam mit deutschen und schweizerischen Elektrizitätsgesellschaften ein Konsortium, das 1924 – mit entsprechender Konzession ausgestattet – die Illwerke GmbH gründete (1927 in eine AG umgewandelt). Die Verträge sahen den Export von zwei Dritteln der gewonnenen Energie zu „festen“ Preisen vor und nach 80 Jahren sollte die Gesellschaft in das Eigentum des Landes übergehen. Grundsatz war, die Stromabnehmer selbst als Kapitalgeber zu engagieren.<sup>31</sup>

1928 schließlich gelang dem Land Vorarlberg der Erwerb der VKW. Diese Gesellschaft war ursprünglich eine Gründung der Textilfirma Jenny & Schindler. Das Unternehmen – von dem Elektropionier Friedrich Wilhelm Schindler<sup>32</sup> mitgeleitet – hatte im Jahr 1907, unter Beteiligung schweizerischen Kapitals, eine eigene Kraftwerksgesellschaft gegründet, die 1916 in die VKW umgewandelt wurde.<sup>33</sup> 1928 versorgte sie schon beinahe ein Drittel der Vorarlberger Gemeinden mit Strom. Bemühungen jener Gemeinden, die von dem Unternehmen Strom bezogen, die Verteilungs- und Stromerzeugungsanlagen zu erwerben, begannen schon im Jahr 1911. Mit Beginn des Ersten Weltkrieges wurden die Verhandlungen jedoch abgebrochen.<sup>34</sup> Nach dem Krieg war lange Zeit aufgrund des Kapitalmangels nicht an eine Erwerbung zu denken. Doch 1928 ermöglichte ein offenbar eskalierender Konflikt zwischen den Gesellschaftern der VKW<sup>35</sup> den Erwerb: Das Land Vorarlberg erhielt ein Verkaufsangebot. Otto Ender bemerkte in seinem Bericht an den Landtag, man müsse sich nun mit der Frage auseinandersetzen, „ob es gut ist, daß die Kraftwerke aus den privaten Händen in den Besitz einer öffentlichen Körperschaft kommen [...]“. <sup>36</sup> In der Debatte wurde daran erinnert, dass die Beiziehung ausländischer Investoren zwar für die Vorarlberger Illwerke AG die beste Lösung gewesen sei. Eine öffentliche Körperschaft hätte das notwendige Kapital nicht aufbringen können. Bei den VKW handelte es sich jedoch nicht um eine Gesellschaft, die Strom primär für den Export produzierte, sondern hauptsächlich der Versorgung der eigenen Bevölkerung diene. Daher schien den Entscheidungsträgern „der Übergang

in den Besitz einer öffentlichen Körperschaft zweifellos vorzuziehen, sei es nun in Form eines eigenen Werkes, oder sei es in Gesellschaftsform mit überwiegender Beteiligung der öffentlichen Körperschaften.“<sup>37</sup>

Per Landtagsbeschluss vom 13. September 1929 erwarb das Land Vorarlberg sämtliche Aktien der VKW. Davon wurden anschließend 14 Prozent von Privaten, 33 Prozent durch Gemeinden übernommen.<sup>38</sup> Das Land war nun Mehrheitseigner einer Gesellschaft, die drei Kraftwerke betrieb und über ein Leitungsnetz von 640 Kilometern verfügte.<sup>39</sup> Übrigens entstanden im Zusammenhang mit dem Erwerb der VKW durch das Land Gerüchte, Ender habe sich im Zuge der Transaktion persönlich bereichert. Die Rede war von einem Betrag in der Höhe von 140.000 Schweizer Franken. Ender gelang es jedoch, die Urheber dieses Korruptionsverdachtes in die Schranken zu weisen und entlastende Erklärungen zu erzwingen.<sup>40</sup>

## Intervention und Vermittlung – Schutz und Transfer von Interessen aller Art

Ender intervenierte sehr häufig. Oft ging es dabei um Privatpersonen, für die er sich einsetzte. Allerdings informierte er sich stets sehr genau, für wen er eintrat. Zu unterscheiden sind dabei vor allem Empfehlungen bei Stellenbesetzungen im Bundesdienst, aber auch bei anderen Institutionen und Unternehmungen. Zuweilen setzte er sich auch vehement für Entfernungen bestimmter Personen von einem Posten ein oder verhinderte Personen, die ihm in politischer oder weltanschaulicher Hinsicht verdächtig oder missliebig erschienen.<sup>41</sup> Mehrfach intervenierte er für Unternehmer bzw. Firmen bei Banken, insbesondere bei der *Creditanstalt für Handel und Gewerbe* (CA). Hier nutzte er seinen guten Kontakt zu Josef Joham, den er von der *Bank für Tirol und Vorarlberg* kannte und 1931 als neuen Vorstand der CA empfohlen hatte.<sup>42</sup> Allerdings zeigten sich bei derartigen Interventionen auch die Grenzen seines Einflusses. Mehrfach antwortete ihm Joham, dass im betreffenden Fall nichts zu machen sei.<sup>43</sup>

Obwohl Ender in gewissem Maße durchaus Klientelpolitik betrieb, lehnte er die systematische Parteinahme für bestimmte Firmen, Branchen oder Verbände, also Lobbyismus,<sup>44</sup> durchwegs ab. Einem pensionierten Sektionschef, der sich für eine neu gegründete *Hypothekenkasse österreichischer Bausparer* reg. Gen.m.b.H. engagierte und in Vorarlberg „Vertrauensmänner“ suchte, antwortete er: „Ich selbst komme gar nicht in Frage, denn in amtlicher Stellung muss man all diesen Dingen gegenüber vollkommen freie Hand behalten. Ich habe es auch Wüstenrot gegenüber stets so gehalten und mich nie vor den Karren spannen lassen.“<sup>45</sup>

Eine wichtige Rolle, die Politikern immer wieder zufiel, war jene der Vermittlung in Arbeitskämpfen oder auch in Fragen der Subventionierung notleidender Betriebe. Ender nahm während seiner Kanzlerschaft einmal prinzipiell dazu Stellung, im Fall der *Alpine-Montangesellschaft*:

„Was nun das Hineinreden in die Löhne angeht, da kommen wir zu einem schwierigen Kapitel. Das wäre eine sehr vermessene Sache, wenn man von einer Regierung hoffen und erwarten wollte, sie leiste die Arbeit, die die Köpfe des Wirtschaftslebens zu leisten haben [...]. Fordert nicht von der Regierung, sie soll das tun, was Sache der Menschen ist, die jahrzehntelang Erfahrung hinter sich haben, die die ganze Weltwirtschaft, ihren Handel und alles kennen – das soll ein so armer Mensch, der auf die Regierungsbank nun hingesetzt wird, leisten? Unsinn! [...] Lassen wir der Wirtschaft ihre Wege und auch ihre Verantwortung.“<sup>46</sup>

Er habe die „schlechtesten Erfahrungen“ mit derartigen Eingriffen, lediglich in einem Falle sei er bereit, zu vermitteln: „Wenn uns in ihrer Not die beiden Teile rufen, wenn sie uns rufen und Vertrauen zu uns haben [...], wenn sie einen ehrlichen Makler und Schiedsrichter in uns sehen, dann finden Sie uns jederzeit bereit.“<sup>47</sup>

Dem bürokratischen System, das Interventionen oder Protektion notwendig machte, stand er kritisch gegenüber. Den Sozialminister und späteren Kardinal Theodor Innitzer klärte er bezüglich der Wohnbauförderung auf: „Sie sind sehr im Irrtum, wenn Sie glauben, man halte sich an die Reihenfolge der Einreichung der Gesuche und eine Behandlung ausser der Reihe komme nur dann vor, wenn Obdachlosigkeit, Räumung von Dienstwohnungen, Versetzung u. dgl. dies rechtfertigen. Das ist ganz anders. Bei der Vorwegnahme späterer Gesuche spielt die Hauptrolle die Protektion.“ Ender warnte Innitzer deutlich, es werde bald einen Wohnbauförderungsskandal geben und Innitzers Name werde damit verknüpft sein, auch wenn er keine schlechte Absicht gehabt habe.<sup>48</sup>

Dem Handelsminister Fritz Stockinger berichtete er gegen Ende Oktober 1933, dass mehrere Gewerbe-Konzessionsansuchen schon seit Monaten beim Handelsministerium lägen – lauter Fälle, bei denen es um „Existenzfragen“<sup>49</sup> gehe. Deshalb habe man um begründete Ausnahmen von der Gewerbesperre angesucht. Wenige Tage später schrieb Ender in einem zweiten Brief, dass er von schlimmen Zuständen im Handelsministerium gehört habe: Es hätten sich zu viele Gesuche angehäuft, weil selbst diejenigen dem Ministerium vorgelegt werden mussten, in denen die Handelskammer die Ausnahme von der Gewerbesperre befürwortet hatte. Daher seien „auch die berücksichtigungswürdigen Fälle ausnahmslos liegen“ geblieben, bis „ein Abgeordneter oder sonst eine Persönlichkeit erscheint und eine Sache urgirt“. Ohne „eine persönliche Betreuung beim Ministerium“ komme es zu keiner Erledigung. Ender erkannte in einer solchen behördlichen Praxis, die notwendig zu einer

„Interventionstätigkeit beim Ministerium“ führen musste, ein Symptom schlechter Verwaltung: „Es ist in Österreich tatsächlich soweit gekommen, dass man bald jedem Fall im Ministerium nachgehen muss. [...] Es ist aber ganz klar, dass es dahin kommen musste, wenn alles dem Ministerium vorbehalten wird.“ Er bat den Minister „diese Sache einmal zu überdenken“ und Änderungen zu überlegen.<sup>50</sup>

Schon im März 1929 formulierten die Vorarlberger Landtagsabgeordneten eine Resolution, die sich gegen die Absicht wandte, die Reparaturwerkstatt der *Österreichischen Bundesbahnen* (ÖBB) in Feldkirch aufzulassen<sup>51</sup> und überreichten sie der Generaldirektion der ÖBB, den Nationalräten und dem Bundeskanzleramt. Die ÖBB verfügten über 13 Hauptwerkstätten, die für das um ein Vielfaches größere Streckennetz des Habsburger Reichs aufgebaut worden waren. Letztlich musste man das Personal drastisch reduzieren und Werkstätten schließen.<sup>52</sup> Als im Mai 1930 bekannt wurde, dass die Werkstatt in Feldkirch mit 1. Juni aufgelöst werde,<sup>53</sup> intervenierte Ender bei Bundeskanzler Johann Schober: Dieser möge sich vorstellen, was es für eine Stadt wie Feldkirch mit 13.000 Einwohnern bedeute, wenn mehrere Hundert Personen – „mit den Familienangehörigen sicher 1000 Personen“ – abgezogen würden, zumal die Werkstatt günstig läge. Ender konfrontierte Schober mit einem weiteren Argument: „Wir haben in Vorarlberg sonst gar keine Bundesbetriebe, keine Tabakfabrik, keine Salzfabrik, keine Pulverfabrik, keine Strafanstalt und nichts dergleichen. Das liegt alles in anderen Ländern. Ist es zuviel verlangt, wenn wir wünschen, dass wenigstens diese eine Reparaturwerkstätte der Bundesbahn nicht auch noch vernichtet werde?“ Er bitte den Bundeskanzler, darauf hinzuweisen, „ohne sich sonst betriebstechnisch einzumischen“.<sup>54</sup>

Im September 1931 befürchtete man in Vorarlberg nicht nur die Auflösung der Werkstätte Feldkirch, sondern zusätzlich einen Personalabbau bei der Zugförderungsleitung Bludenz. Otto Ender schrieb Generaldirektor Egon Seefehlner, „daß bei uns ein wenig der Verdacht besteht, es seien bei solchen Maßnahmen politische Einflüsse nicht ausgeschlossen. Als die Sozialdemokratie glaubte, die Stadt Bludenz erobern zu können, geschah alles, um das Personal der Bundesbahnen dort zu vermehren.“<sup>55</sup> Die Werkstätten in Bludenz blieben erhalten, aber die Schließung der Werkstatt in Feldkirch per 1. April 1932 konnte Ender mit seiner Intervention nicht verhindern.

Bei seinem Versuch, die ÖBB-Werkstatt zu erhalten, kombinierte Ender mehrere Argumente: Er wies auf die betriebswirtschaftliche Rentabilität hin, gleichzeitig auf die zu befürchtenden negativen wirtschaftlichen und sozialen Folgen für die Stadt im Falle einer Auflösung. Er argumentierte politisch, indem er den Verdacht äußerte, hinter der Verschiebung hunderter Arbeitsplätze stünden bloß Parteiinteressen; und er präsentierte ein moralisches Argument, Vorarlberg habe sonst keine Staatsbetriebe und würde somit ungerecht behandelt.

## Erziehungsmaßnahmen im Genossenschaftswesen

In Vorarlberg war das Genossenschaftswesen von großer Bedeutung. 1929 wurden 267 Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften gezählt, darunter 168 registrierte Genossenschaften m.b.H. und 83 Raiffeisenkassen.<sup>56</sup> Der Landesregierung konnte es daher nicht gleichgültig sein, als 1930 größere Probleme im Genossenschaftswesen Vorarlbergs offensichtlich wurden. Das betraf unter anderem die 1924 gegründete *Alemannia*. Diese Landwirtschaftliche Verwertungs- und Bezugsgenossenschaft mit Sitz in Rankweil hatte etwa 600 Mitglieder. 1929 war sie in einer an öffentliche Funktionäre gerichteten Denkschrift<sup>57</sup> noch als „aktiv“ bezeichnet worden. Wenig später deckten jedoch Revisionsberichte hohe Verluste auf, die bis dahin durch eine Reihe von Bilanzfälschungen verdeckt worden waren. Ein Gutachten des Landesrevisionsamtes schätzte die Überschuldung auf 200.000.- Schilling, ein weiteres Gutachten des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften in Vorarlberg kam sogar auf 300.000.-.<sup>58</sup> Es wurde vorgeschlagen, gegenüber den Verantwortlichen Forderungen geltend zu machen.<sup>59</sup> Allerdings sollte kein Funktionär derart in Anspruch genommen werden, dass dadurch „sein wirtschaftlicher Ruin“ herbeigeführt werde.<sup>60</sup>

Otto Ender wurde in dem Fall mehrfach um Rat und Interventionen gebeten. So sollte er im Oktober 1930 seinen Einfluss beim Landwirtschaftsministerium in Wien geltend machen, um für eine Sanierung der *Alemannia* eine Subvention zu erwirken. Ender antwortete, dass er sich von einem Sanierungsversuch keinen Erfolg verspreche, wollte aber einem ernsthaften Bemühen seine Unterstützung nicht versagen: „Ich stelle nur eine Bedingung: Es muss schriftlich ein klarer Plan vorliegen und an das Ministerium ein klares Begehren gestellt werden. Dann gehe ich mit.“<sup>61</sup>

Etwa zur selben Zeit geriet auch der *Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften in Vorarlberg* reg. Gen. m. b. H., in Bregenz in Schwierigkeiten. Diesem Dachverband gehörten Ende 1929 169 Mitglieder mit 833 Anteilen an.<sup>62</sup> Noch 1928 bescheinigte eine Überprüfung des Verbandes, dass die „Warenabteilung“ mit „Umsicht und unter Vermeidung von Spekulationen geführt“ werde.<sup>63</sup> Am 31. Mai 1930 wurde anlässlich des 36. Verbandstages jedoch bekannt, dass Spekulationsgeschäfte zu erheblichen Verlusten geführt hätten.<sup>64</sup> Eine Art „Vernehmungsprotokoll“ mit Karl Winsauer, dem Sekretär des Verbandes, berichtet von Termingeschäften und „Gegenspekulation auf Baisse“, die über die Firma *Seeag* in Zürich zwischen 1928 und dem Frühjahr 1930 abgewickelt worden seien. Das ging eine Weile gut, man hatte Glück und konnte frühere Verluste wieder decken. Dann aber kam der Absturz. Zu Ostern 1930 wurde der Präsident, etwas später der Vorstand informiert. Auf die Frage, warum man „diese schadenbringenden Geschäfte nicht in den Büchern“ durchgeführt habe, antwortete Winsauer: „Das erste Geschäft ist im Schlussbuch eingetragen. Später haben wir nur die Belege zusammengelegt. Es hat

uns geграust, die Sachen nur in die Hand zu nehmen und wir haben nicht eingetragen. Wir hofften eben immer, wieder herauszukommen.“<sup>65</sup>

Ein Revisionsbericht bezifferte im Juli 1930 die Verluste mit ca. S. 278.000.-.<sup>66</sup> Von den verantwortlichen Angestellten wurde zumindest Winsauer suspendiert, später gekündigt.<sup>67</sup> Vorstand und Aufsichtsrat wurden erneuert.<sup>68</sup> „An sich“, so wurde im erwähnten Revisionsbericht resümiert, „wäre dieser Verlust für den Verband tragbar, jedoch war zu befürchten, dass die Bekanntgabe der Vorkommnisse beim Verband eine Vertrauenskrise unter den Einlegern hervorrufen wird.“<sup>69</sup>

Angesichts der Skandale diskutierte die Vorarlberger Öffentlichkeit, inwiefern die Landesregierung bzw. die Christlichsoziale Partei dafür verantwortlich zu machen seien.

Die Parteileitung sah sich daher im August 1930 genötigt, eine grundsätzliche Erklärung im *Vorarlberger Volksblatt* zu verlautbaren.<sup>70</sup> Es sei der Partei „eine Verantwortung für die Führung der Genossenschaften“ nicht zuzuschreiben, die Partei habe kein Recht, Revisionen bei Genossenschaften durchzuführen. „Kein privater Unternehmer und keine Genossenschaft hat jemals die Partei gefragt, ob ein Geschäft oder eine Genossenschaft gegründet werden dürfe und wie das Geschäft zu führen sei.“ Nachdem eine Zuschrift die „Erklärung“ als unvollständig kritisiert hatte, antwortete Ender recht enerviert: Diese besage nicht, „dass die christlichsoziale Parteileitung keinerlei Kenntnis von den Zuständen bei der Alemannia gehabt habe. Es wird auch wohl wenig landeskundige Leute geben, die keinerlei Kenntnis von der Alemannia hatten. Dass gefälschte Bilanzen vorliegen, hat allerdings von der christlichsozialen Landesparteileitung niemand gewusst oder vermutet.“<sup>71</sup>

Die erwähnten Fälle waren nicht die einzigen. Im September 1930 erhielt Ender ein Schreiben des Schriftleiters des großdeutschen *Vorarlberger Tagblattes*, Hans Nägele, mit einem beigelegten Manuskript, das unter dem Titel „Christlichsoziale Genossenschaftsarbeit“ einige Skandale der Raiffeisenkasse in Feldkirch behandelte. „Da es uns fernliegt, dem Genossenschaftswesen an sich schaden zu wollen“, erschien der Artikel im *Tagblatt* nicht, Nägele ließ aber Ender eine Abschrift zukommen, mit der Bemerkung, „dass der Inhalt auch Ihnen wichtig sein dürfte“.<sup>72</sup> Ender antwortete postwendend: Die Presse müsse es vermeiden, das Vertrauen zu den Genossenschaften so zu erschüttern, dass ein Angstgefühl entstehe. Die Genossenschaften hätten „eine wichtige Aufgabe in unserem Wirtschaftsleben“, man müsse sie „zur Wachsamkeit und zu reinlichen und kaufmännischen Geschäftsgrundsätzen erziehen.“ Darum gehe es der Landesregierung, darum sollte sich auch die Presse bemühen.<sup>73</sup> Unter dem Vorwand, das Genossenschaftswesen insgesamt zu schützen, kehrte man die Spekulationsgeschäfte einzelner Funktionäre unter den Tisch und wehrte gerichtliche Verfolgung weitgehend ab.

Nach den letzten Nationalratswahlen der Ersten Republik am 9. November 1930, die für die Christlichsozialen den Verlust von sieben Mandaten, für die Sozialdemokraten den Gewinn von einem Mandat erbracht hatten, nahm Ender im Dezember 1930 den Auftrag zur Bildung einer Bundesregierung an. „Bei meinem Kommen“, sagte er rückblickend, „erwartete niemand etwas anderes, als daß ich die Geschäfte nach den Grundsätzen unserer demokratischen Verfassung führen werde. Ich habe diesen Versuch ehrlich unternommen.“<sup>74</sup> Das Kabinett Ender beruhte auf einer fragilen Koalition der Christlichsozialen, der Großdeutschen und des Landbundes.<sup>75</sup> Vizekanzler und Außenminister war der Polizeipräsident von Wien, Johann Schober,<sup>76</sup> selbst mehrfach Bundeskanzler, der dem großdeutschen Lager zugerechnet wurde. Er war gewissermaßen der starke Mann in der Regierung.<sup>77</sup> Die großen Vorhaben bestanden zunächst in der Aushandlung eines Finanzausgleichs, dann in der Einleitung von Konkordatsverhandlungen mit dem Ziel, die leidige Eherechtsproblematik zu lösen,<sup>78</sup> weiters eine ehrgeizige Reform der Sozialversicherung zwecks Budgetentlastung, eine Verwaltungsreform, eine Reform der Zollgesetzgebung und mehrere Gesetzesvorhaben (Besoldungssteuer, Beamtengehaltskürzungsgesetz). Während der Finanzausgleich gelang, fehlte der Sozialreform die Akzeptanz. Der zuständige Minister, Josef Resch, trat daher am 15. April 1931 zurück. Eher überraschend kam ein außenpolitisches Fiasko hinzu: das von deutscher Seite und von Schober forcierte Projekt einer Zollunion zwischen Österreich und dem Deutschen Reich.<sup>79</sup> Als diese Pläne durch Indiskretionen vorzeitig publik wurden, hagelte es internationale Proteste.<sup>80</sup> Zudem stockte Enders Lieblingsprojekt, die Verwaltungsreform; insbesondere konnte er keinen Konsens bei der Besoldungs- und Beamtenproblematik erzielen.<sup>81</sup> Ender selbst formulierte im Ministerrat vom 10. April das bittere Eingeständnis, in den Protokollen in indirekter Rede wiedergegeben:

„Die Regierung habe es nicht in der Hand, die Ursachen, aus denen das Defizit im Bundeshaushalt erwachse, zu beseitigen. Sie müsse aber die notwendigen Korrekturen durch Ersparungen und Gegenmassnahmen selbst schaffen und müsse diesen Schritt auch rechtzeitig tun, sonst werde Oesterreich wieder unter die Aufsicht eines Generalkommissärs des Völkerbundes gestellt.“<sup>82</sup>

An die Kollegen von den anderen Parteien war die Aufforderung gerichtet, „entweder an der Ordnung der Verhältnisse mitzuwirken oder einen anderen Bundeskanzler zu bestellen.“<sup>83</sup> Die Situation war aus der Perspektive Enders in politischer Hinsicht verfahren, die ökonomische Lage höchst besorgniserregend. In dieser Situation kam die Nachricht vom bevorstehenden Zusammenbruch der CA.<sup>84</sup>



Die Bedeutung dieser größten Bank Österreichs war immens. Immer wieder zerbrachen sich Experten und Politiker den Kopf, wie ihr Einfluss auf die österreichische Wirtschaft tatsächlich zu bewerten war. In der Frage, wie viele Firmen existenziell von der CA abhängig seien, schwankten die Schätzungen zwischen 60 und 75 Prozent.<sup>85</sup> Allein die Erinnerung an die Geschichte der Bank zwischen 1921 und 1931 konnte jedem klar machen, was ein Zusammenbruch, ein Konkurs tatsächlich bedeuten würde: Die CA des Jahres 1931 war nämlich das Produkt eines ungeheuren Konzentrationsprozesses im Bankensektor. Sie selbst hatte 1926 die Wiener Niederlassung der *Anglo-Bank* und 1929 die *Boden-Credit-Anstalt* übernommen. Letztere hatte ihrerseits zuvor die *Union-Bank* und die *Verkehrsbank* übernommen und war bis zu ihrem Untergang die zweitgrößte Bank Österreichs.<sup>86</sup> War die CA 1923 an 23 Aktiengesellschaften beteiligt, waren es 1929 schon 147, nach der Fusion mit der *Boden-Credit-Anstalt* 192. Zählt man zu diesen Firmen noch jene dazu, an denen die CA als Kreditgeberin stark interessiert war, kommt man auf 216 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von ca. 700 Millionen Schilling (das waren 40 Prozent des Industrieaktienkapitals insgesamt), die von ihr kontrolliert wurden.<sup>87</sup> Die Aktien der CA wurden an zwölf ausländischen Börsen notiert, sie war – von britischen Banken abgesehen – die erste europäische Bank, deren Aktien seit 1927 an der Wallstreet gehandelt wurden. Mehr als die Hälfte ihres Aktienkapitals war in Auslandsbesitz, unter ihren Gläubigern befanden sich 130 vor allem britische und US-amerikanische Banken.<sup>88</sup>

Otto Ender stand mit seiner Regierung vor dem Problem, dass – ohne die genaue Lage zu kennen – sehr schnell Entscheidungen getroffen werden mussten. Aus seiner Erfahrung in der Behandlung vergleichbarer Probleme lag es für Ender nahe, die Bank zugrunde gehen zu lassen. Als Rechtsanwalt waren ihm das Konkursrecht und die Liquidierung bankrotter Firmen vertrauter als die Alchemie der internationalen Finanzdiplomatie. Doch er musste, wie er später in einem Bericht über die Ereignisse zugab, recht schnell akzeptieren, dass die Grundsätze, nach denen er in Vorarlberg gewirtschaftet hatte, nicht auf den Fall der CA anwendbar waren. Stets habe man etwa bei betroffenen Genossenschaften eine Sanierung mit Hilfe von Mitteln des Landes abgelehnt, mit der Begründung:

„Das Land wurde nicht gefragt bei der Gebarung und trägt daher keine Verantwortung; die Genossenschaften waren autonom, haben ihre Verwaltung selbst eingesetzt, die Überwachung in der Hand gehabt und [...] so ist es logisch, dass sie nun die Folgen des Zusammenbruches [er]leiden. Das hielten wir für gesunde Grundsätze, deren Handhabung allein ein gesundes Wirtschaften garantiert.“



Auch beim Zusammenbruch der CA hätte es dem „Volksempfinden“ entsprochen, „dass die Aktionäre in erster Linie selbst den Schaden zu tragen haben, dass die Direktoren, die wegen ihrer grossen Verantwortung hohe Bezüge hatten, nun auch wirklich zur Verantwortung zu ziehen seien.“ Ender wäre am liebsten folgendermaßen vorgegangen: „der Sache den freien Lauf lassen; die Creditanstalt soll den Konkurs ansagen und alles weitere ergibt sich von selbst.“<sup>89</sup> Doch die CA war ein besonderer Fall. Zum einen war die Bank zu groß: Die Zahl der Industriebetriebe, darunter die größten der Republik, mit denen die CA verbunden war und die durch ein Konkursverfahren selbst in Schwierigkeiten geraten oder Teil der Konkursmasse geworden wären, war unüberschaubar. Daher konnte auch zum damaligen Zeitpunkt niemand einschätzen, welche Auswirkungen ein Konkursverfahren auf die Gesamtwirtschaft gehabt hätte. Jedenfalls wäre ein derartiges Verfahren überaus langwierig und kostspielig geworden und hätte das Vertrauen in die Finanzwirtschaft extrem geschädigt. Zum anderen gab es eine Art moralische Verpflichtung des Staates, da im Herbst 1929 die Regierung Schober die CA genötigt hatte, die *Boden-Credit-Anstalt* zu übernehmen. „Nüchterne Überlegung“, so Ender, habe daher zur Erkenntnis geführt, dass ein Konkurs nicht zu verantworten sei, zumal die Kosten der Rettung damals erst mit 140 Millionen Schilling beziffert wurden. Dass die tatsächlichen Verluste später mehr als 900 Millionen – nach anderen Angaben eine Milliarde – betragen würden, war zu diesem Zeitpunkt noch nicht absehbar.<sup>90</sup> Ender schrieb dazu rückblickend:

„Da sich die Rettung mit einem solchen Opfer [von 140 Millionen – PM] als möglich darstellte, war die Fragestellung so: Ist dieses Opfer kleiner als das Unheil, das aus dem Konkurs der Creditanstalt erwächst? Diese Frage wurde damals allgemein bejaht. Die Folgen eines Konkurses stellte man sich nämlich mit Recht als sehr böse vor. Im Konkursfalle mussten alle Aktiven sehr entwertet sein, so dass die Gläubiger der Bank, die doch überwiegend Inländer waren, darunter unsere Sparkassen mit hohen Beträgen, zu schwerem Schaden kommen mussten. Man sprach damals von 70 % der österr. Industrien, die direkt oder indirekt an der Creditanstalt hängen und von denen ein namhafter Teil im Konkursfalle den Betrieb schliessen konnte. Also: ein neues Heer von Arbeitslosen. Die Angestellten der Creditanstalt gesellten sich dazu.“<sup>91</sup>

Soweit die Darstellung Enders aus dem Jahr 1933. Schon am 1. Juni 1931 hatte allerdings der niederländische Bankier Adrianus van Hengel, der als Präsident und leitender Direktor des Internationalen Gläubiger-Komitees der CA eingesetzt war (und ab Februar 1932 die CA als Generaldirektor leiten sollte), dem Finanzminister Otto Juch ein Memorandum vorgelegt, demzufolge „die Verluste – schon abgesehen von den Folgen der allgemeinen Weltdepression – die bisherigen Schätzun-

gen sehr bedeutend überstiegen“.<sup>92</sup> Auch Van Hengel wies in seinem Memorandum darauf hin, dass sich der Regierung nur zwei Alternativen geboten hätten: alle Abhebungen mit Hilfe der Nationalbank und des Staates zu befriedigen oder ein Moratorium zu verhängen, das vermutlich nicht auf die CA zu beschränken gewesen wäre. Man entschied „zu zahlen“. Dieser Entschluss war nach Van Hengel „der Beste“, und zwar nicht nur vom „österreichischen“, sondern auch vom „Standpunkt der heutigen abendländischen Weltordnung.“<sup>93</sup> Van Hengel erreichte in London ab dem 28. Mai – also innerhalb weniger Tage – in Verhandlungen mit den ausländischen Beteiligten und Kreditoren, dass diese von der Rückzahlung vorgestreckter Beträge Abstand nahmen. Die vom Finanzminister erteilte Ermächtigung zur Garantieübernahme bezüglich Verpflichtungen der CA gegenüber habe dazu „wesentlich“ beigetragen. Allerdings, so fügte Van Hengel hinzu, hätten die ausländischen Finanziers die gleichen Entschlüsse auch ohne diese Staatshaftung getroffen, „wenn auch nicht so leicht und rasch“.<sup>94</sup>

Otto Ender konnte mit seiner Regierung noch die ersten beiden CA-Gesetze<sup>95</sup> durchsetzen – das erste *gegen* die, das zweite *mit* den Stimmen der Sozialdemokraten. Die Krise bedingte auch Notmaßnahmen, darunter ein Gehaltskürzungsgesetz für Beamte. Ende Mai trat der großdeutsche Justizminister Hans Schürff zurück, weil er die entsprechenden Gesetzesvorlagen nicht mittragen konnte.<sup>96</sup> Ender selbst bemerkte im Ministerrat vom 12. Juni 1931, als man über die Forderungen der Auslandsgläubiger beriet, „wenn die Regierung zu Pfingsten schon die Erfahrungen von heute besessen hätte, dann wäre es wahrscheinlich weder zum ersten noch zum zweiten Credit-Anstaltsgesetz gekommen.“<sup>97</sup> Es wäre dann Sache der Credit-Anstalt gewesen, „ihre Schulden und Forderungen selbst auszugleichen“, die Regierung hätte lediglich für „die Aufrechterhaltung der dem Konzern der Bank angehörigen Industrien“ gesorgt. Denn, so Ender: „Mit den für die Creditanstalt aufgewendeten Beträgen hätte für die Industrien sehr viel geschehen können.“<sup>98</sup>

Am Haftungsvertrag mit dem internationalen Gläubigerkomitee zerbrach die Regierung, da im Ministerrat vom 15. Juni der Innenminister Franz Winkler (Landbund) nicht von dessen Notwendigkeit zu überzeugen war.<sup>99</sup> Weil jedoch der Ministerrat schon zuvor – allerdings in Abwesenheit Winklers – den Vertrag gebilligt hatte, unterzeichnete Finanzminister Juch am nächsten Tag diesen Vertrag, woraufhin Winkler zurücktrat. Noch am gleichen Tag, dem 16. Juni 1931, demissionierte das Kabinett Ender.

Als Bedingung einer neuerlichen Regierungsbildung verlangte Ender Sondervollmachten vom Nationalrat, die in der Presse höchst unterschiedlich kommentiert wurden.<sup>100</sup> Der sozialdemokratisch orientierte *Abend* titelte am 18. Juni mit der Forderung: „Nicht Diktatur, sondern Neuwahlen!“<sup>101</sup> die *Neue Freie Presse* formulierte gewohnt zurückhaltend: „Dr. Ender fordert weitgehend Vollmachten für die

Regierung“;<sup>102</sup> die Boulevardzeitung *Die Stunde* hingegen kräftiger: „Der Diktaturplan des Demokraten“.<sup>103</sup> Verhandlungen mit den Parteien ergaben eine grundsätzliche Zustimmung bei den Großdeutschen und dem Landbund, doch die Sozialdemokraten konnten sich zwar die Zustimmung zu einer außerordentlichen Regierungsvollmacht bezüglich der CA vorstellen, lehnten aber eine „allgemeine Vollmachtserteilung an die Regierung“ bezüglich des Bundeshaushaltes ab.<sup>104</sup> Ender selbst erklärte seine Absicht wenig später damit, dass im Parlament zu sehr „Rücksichtnahmen auf Partei- und Wahlpolitik“ vorherrschten, um „eine der Natur der Sache nach unpopuläre aber im Interesse des Staates und des Volkes notwendige Gesetzgebung“ durchzusetzen. „Ich wollte darum die parlamentarische Mitwirkung an der Gesetzgebung auf einen kleinen Ausschuss einschränken, weil ich der Hoffnung war, in einem solchen liessen sich demagogische Rücksichten leichter zurückdämmen als im offenen Hause.“<sup>105</sup> In der Tat handelte es sich um eine Situation, die besondere Maßnahmen zu erfordern schien: Nachdem Ender mit seiner Forderung gescheitert war, machte Ignaz Seipel den Sozialdemokraten ein späterhin vieldiskutiertes Koalitionsangebot, das jedoch ebenfalls abgelehnt wurde.<sup>106</sup>

## Enders Schutz- und Abwehrargument – ein Fall für die Wirtschaftsgeschichte?

Ottos Enders Ansichten und Absichten im Zusammenhang mit der CA-Affäre können hier nicht abschließend bewertet werden. Klar ist, dass das Anschwellen der Verluste von 140 Millionen auf eine Milliarde Schilling – eine Summe, die der Hälfte des gesamten Staatshaushaltes und zehn Prozent des Nettosozialproduktes von Österreich im Jahr 1930 entsprach<sup>107</sup> – die Frage nach der Sinnhaftigkeit eines möglichen Konkursverfahrens in den Raum stellt, zumal die Abhängigkeit der Wirtschaft von der CA offenbar von den Experten stark übertrieben wurde. Der Bluff des „too big to fail“ war damals wie heute wirksam. Wesentlich weniger Firmen als ursprünglich angenommen – stellte sich später heraus – wären in Schwierigkeiten geraten.<sup>108</sup>

Die Erfahrung, dass man verwickelte und umstrittene wirtschaftliche Sanierungen mit dem existierenden parlamentarischen System nicht erfolgreich durchführen könne, hat vermutlich dazu beigetragen, dass Otto Ender im Sommer 1933 bereit war, mit dem Auftrag, eine ständische Verfassung auszuarbeiten, in das Kabinett Dollfuß einzutreten. Das Volk, als dessen Anwalt sich Otto Ender stets gesehen hatte, sollte vor sich selbst, vor seiner eigenen Vielstimmigkeit und seinen widersprüchlichen Interessenlagen geschützt werden.

Wie ein roter Faden zieht sich das Abwehr- und Schutzmotiv durch Enders Denken, das nie nur wirtschaftlichen, sondern immer mehreren Dimensionen verhaf-

tet war. Sein Wirtschaften hatte immer politische Absichten, ihrerseits begründet in einem christlich-konservativen Wertekanon. Im Grunde war Otto Ender ein Advokat dieser Werte, die er auf sein Heimatland und dessen Bevölkerung projizierte. Der Wille zur Abwehr kapitalistischer Interessen bezüglich der Elektrizitätswirtschaft, die Absicht, Schutz vor den Fremden zu gewähren, vor dem geldgierigen Wirt, vor den „jüdischen Parasiten“ mit ihrer Neigung, das „Wirtsvolk“ zu kontrollieren<sup>109</sup>, Schutz auch vor den vermögenden und industriell überlegenen Schweizern,<sup>110</sup> ebenso die Abwehr von Forderungen notleidender Firmen und Genossenschaften, alle diese eng verwandten Motive des Schutzes und der Abwehr zeichneten den pragmatischen und kulturkonservativen Advokaten Ender aus.<sup>111</sup> Wenn, wie etwa bei den Genossenschaften oder in der Privatwirtschaft, nicht fremde, sondern eigene Leute sich Verfehlungen hatten zu Schulden kommen lassen, wurden die reuigen Sünder durch Diskretion und unauffällige Entfernung, zuweilen auch durch Interventionen geschützt und mancher Absturz gemildert. Von Fall zu Fall stellte Ender aber auch eine bemerkenswert wirtschaftsliberale Haltung unter Beweis, weil er nicht glaubte, dass Politiker gut wirtschaften könnten. Währenddessen verlor er zunehmend das Vertrauen in die Demokratie und meinte, parlamentarisch nicht durchsetzen zu können, was vernünftig sei.

Sind die Praktiken des Otto Ender ein Fall für die Wirtschaftsgeschichte? Gewiß, aber für welche? Nicht erst seit dem Erklärungsmodell von Marx, jener – wie Hartmut Berghoff und Jakob Vogel diagnostizieren – „simplifizierenden Denkfigur von Basis und Überbau“,<sup>112</sup> wird Wirtschaft mit Kultur und Politik auf unterschiedlichste Weise in Verbindung gebracht. Das Beispiel Otto Enders zeigt, dass keine Nische der Wirtschaftsgeschichte, aber auch keine der Kulturwissenschaft oder der politischen Geschichte geeignet ist, die Praktiken eines schlichten Landeshauptmannes hinreichend zu verorten. Für Ender waren etwa Gemeinden und andere Verwaltungskörper wichtige handelnde Subjekte, also Akteure der Wirtschaft. Viele wirtschaftshistorische Arbeiten berühren die öffentliche Verwaltung jedoch meist nur dann, wenn Erlässe oder Verordnungen und deren Umsetzung wirtschaftlich von Bedeutung waren. Der Verwaltungsapparat ist kein Unternehmen und weist eine völlig andere Funktionsweise auf, aber er ist Teil der Wirtschaft. Aus dem Wirtschaften eines Landeshauptmannes kann man die Verwaltung nicht ausschließen. Stellt das aber nicht die Segmentierung, bzw. Fragmentierung und Isolierung ökonomischer, politischer und kultureller Aspekte sozialer Praktiken in Frage? Selbstverständlich ist eine Differenzierung dieser Aspekte oder Dimensionen notwendig, aber eben auch ihre Verknüpfung. Otto Enders Tun hatte in jedem Fall gleichzeitig wirtschaftliche, politische, juristische, administrative und kulturelle Dimensionen, eventuell auch noch andere. Je nach Perspektive des Betrachters, je nach Erkenntnisinteresse dominiert das eine oder das andere. Das Schutz- und Abwehrargument organisierte die Strate-

gie des Advokaten, in ohnedies schwierigen Zeiten noch weiteres Unglück von seinen Klienten fernzuhalten. Daran knüpfen sich Fragen: War und ist es selbst ökonomisch bedingt? War es ein Instrument, mit dem wirtschaftliche Interessen im Rahmen einer kulturellen, auch religiös geprägten Wertehierarchie domestiziert werden sollten?<sup>113</sup> Aus welchen Zusammenhängen stammt die Konstruktion des Fremden bzw. des Nichtfremden (der Heimat, der eigenen Parteileute, der eigenen Klienten etc.), deren das Abwehrargument für sein sinnvolles Funktionieren erst bedarf?

Und noch allgemeiner gefragt: Steuern die Werte das Wirtschaften, oder formen und überformen die ökonomischen Zwänge die Normen gemeinschaftlichen Handelns? Wie bei einem Vektor in einem mehrdimensionalen Raum würde die einseitige Betrachtung der Werte nur einer Achse wenig Sinn machen. Die Trennung in „Kulturelle Aspekte“ und „das Ökonomische“ führt dazu, dass sogleich wieder ein „Schnittpunkt von Wirtschafts- und Kulturgeschichte“<sup>114</sup> konstruiert werden muss. Aber ist der Schnittpunkt nicht eine verräterische Metapher, so als ob es *rein* wirtschafts- oder *rein* kulturgeschichtliche Mengen gäbe, bei denen dann glücklicherweise auch Schnittmengen auftreten können? Jedes Wirtschaften – auch das des Otto Ender – hat eine kulturelle und gleichzeitig eine politische Dimension, jede kulturelle Praktik besitzt gleichermaßen eine ökonomische Dimension. Dementsprechend kommt Kultur nicht, wie manche meinen, „in die Wirtschaft“<sup>115</sup> und muss auch nicht „wiederentdeckt“<sup>116</sup> werden, sondern war – vielleicht unerkannt und unbegriffen – immer schon da, so wie auch der Geist immer schon in den ökonomischen Strukturen sein Unwesen getrieben hat und weiterhin treiben wird. „Was aber von vornherein den schlechtesten Baumeister vor der besten Biene auszeichnet“, hatte der Erfinder des Basis-Überbaumodells bemerkt, „ist, dass er die Zelle in seinem Kopf gebaut hat, bevor er sie in Wachs baut. Am Ende des Arbeitsprozesses kommt ein Resultat heraus, das beim Beginn desselben schon in der Vorstellung des Arbeiters, also ideell vorhanden war.“<sup>117</sup>

## Anmerkungen

- 1 Vgl. Susanne Hilger/Achim Landwehr, Zur Einführung. Wirtschaft – Kultur – Geschichte: Stationen einer Annäherung, in: dies., Hg., Wirtschaft – Kultur – Geschichte. Positionen und Perspektiven, Stuttgart 2011, 7–26, hier 13.
- 2 Biographie, Forschungsstand und Quellenlage sind ausführlich dargestellt in: Peter Melichar, Ein Fall für die Mikrogeschichte? Otto Enders Schreibtischarbeit, in: Ewald Hiebl/Ernst Langthaler, Hg., Im Kleinen das Große suchen. Mikrogeschichte in Theorie und Praxis (= Jahrbuch für Geschichte des ländlichen Raumes 2012), Innsbruck 2012, 185–205.
- 3 Die Arbeit des Ministers ist dokumentiert in: Rudolf Neck/Adam Wandruszka, Hg., Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik, Kabinett Dr. Engelbert Dollfuss, Abteilung VIII, Bd. 4–6, Wien 1984 ff.

- 4 Otto Ender, Unser Volkstum und sein Schutz!, in: Vorarlberger Volksblatt, 8. Februar 1910, 3 und Vorarlberger Volksblatt, 11. Februar 1910, 1. Die Rede wurde am 3. Februar 1910 in Götzis auf der 16. Generalversammlung des christlichsozialen Volksvereines für Vorarlberg gehalten.
- 5 Ender, Unser Volkstum, 3.
- 6 In Vorarlberg waren 1910 laut Volkszählung 45,9 Prozent der Berufstätigen im industriellen Sektor beschäftigt (dagegen 35,9 Prozent in der Landwirtschaft), kein anderes Land im Habsburger Reich hatte einen so hohen Industrialisierungsgrad. Der Durchschnitt betrug in ganz Cisleithanien 24,3 Prozent. Vgl. Gerhard Meißl, Die gewerblich-industrielle Arbeitswelt in Cisleithanien mit besonderer Berücksichtigung der Berufszählungen 1890 und 1910, in: Helmut Rumpler/Peter Urbanitsch, Hg., Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. IX, Soziale Strukturen, 1. Teilband: Von der feudallagrarischen zur bürgerlich-industriellen Gesellschaft, Wien 2010, 323–377, hier 349 (Tabelle 48).
- 7 Ender, Unser Volkstum (Teil 2), in: Vorarlberger Volksblatt vom 11. Februar 1910, 1.
- 8 Vorarlberger Landesarchiv (VLA), Nachlass Otto Ender (NL Ender), Schachtel 9, Otto Ender an Bundesrat Richard Steidle, 12. Juli 1930.
- 9 Vgl. die Antwort an Dr. Danneberg. Einiges aus der Rede des Landeshauptmannes Dr. Ender auf der Wählerversammlung in Rankweil am Sonntag, 26. Februar, in: Vorarlberger Volksblatt, 28. Februar 1928, 1–3, hier 2. Vgl. zum Antisemitismus in Vorarlberg: Werner Dreier, „Rücksichtslos und mit aller Kraft“. Antisemitismus in Vorarlberg 1880–1945, in: ders., Hg., Antisemitismus in Vorarlberg. Regionalstudie zur Geschichte einer Weltanschauung (= Studien zur Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs 4), Bregenz 1988, 132–249, insbesondere zu Otto Ender 176 ff.
- 10 Max Weber, Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik (1895), in: ders., Gesammelte Politische Schriften, Tübingen 1988, 1–25, hier 11 und 19.
- 11 Vgl. Albert O. Hirschman, Denken gegen die Zukunft. Die Rhetorik der Reaktion, München/Wien 1992, 94–194, hier insbesondere 98.
- 12 Geregelt waren „Abschaffung“ und „Abschiebung“ nach dem Heimatrecht, d. h. nach dem Gesetz vom 3. Dezember 1863, betreffend die Regelung der Heimatverhältnisse, RGBl. Nr. 105, und dem Reichsschubgesetz vom 27. Juli 1871, RGBl. Nr. 88. Vgl. zur Problematik der wandernden Arbeitslosen: Sigrid Wadauer, Vazierende Gesellen und wandernde Arbeitslose (Österreich, ca. 1880–1938), in: Thomas Buchner u. a., Hg., Übergänge und Schnittmengen. Arbeit, Migration, Bevölkerung und Wissenschaftsgeschichte in Diskussion, Wien/Köln/Weimar 2008, 101–131.
- 13 VLA, Amt der Vorarlberger Landesregierung, Ia-151/5, Bregenz am 21. Jänner 1933. Betreff: Bekämpfung des Bettlerunwesens und Eindämmung des Zuzuges arbeitsloser Wanderer aus Innerösterreich.
- 14 Vgl. Stenographisches Protokoll. 114. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. IV. Gesetzgebungsperiode, 26. Jänner 1933, Eine dringliche Anfrage der Abgeordneten Hermann Hermann, Dr. Appel, Frühwirth u. Genossen an den Bundeskanzler wegen der Abschiebung Arbeitsloser in Vorarlberg, 2918, dazu die Debatte 2929–2938.
- 15 Abschieben! Die Vorarlberger Lösung der sozialen Frage, in: Arbeiter-Zeitung, 26. Jänner 1933, 4.
- 16 VLA, Landesregierung, Ia-151/5, Telegramm von Dollfuß an Landesregierung Bregenz, 28. Jänner 1933.
- 17 Ebd., Schreiben der Vorarlberger Landesregierung, LH Ender an BKA, Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, 31. Jänner 1933 (5 Seiten); Betreff: Abschiebung Arbeitsloser aus Vorarlberg. Zu Zl. 110.578 GD 2 v. 27 ds. Mts. Interne Aufstellungen der Landesregierung zeigten übrigens, dass schon in den Jahren zuvor Abschiebungen (1931: 1276 Personen, 1932: 1657) und Abschaffungen (1931: 55 Inländer, 16 Ausländer, 1932: 95 Inländer, 99 Ausländer) in beträchtlicher Zahl vorgenommen worden waren. Dem Akt liegt eine auf Erhebungen der Bezirkshauptmannschaften beruhende Tabelle bei.
- 18 VLA, Handakten Landeshauptmann (LH) Ender, Schachtel 5, Korrespondenzen 1931–1932, R-Sch, Manuskript Otto Enders für einen Artikel über Wintertourismus in „Der Schiläufer“ (Amtliche Zeitschrift des ÖSV), 4. Oktober 1932.
- 19 Vorarlberger Landtag, 3. Sitzung am 14. März 1929, 88–90.
- 20 Notwendigkeit und Bedeutung des Fremdenverkehrs, in: Vorarlberger Tagblatt, 8. Februar 1929, 8.
- 21 1928/1929 wies Vorarlberg 191.250 gemeldete Fremde mit insgesamt 722.900 Übernachtungen aus. Vgl. Statistisches Handbuch für die Republik Österreich, 11. Jg., Wien 1930, 41.
- 22 Vorarlberger Landtag, 3. Sitzung am 14. März 1929, 89.

- 23 Ein Gesetz zur Einhebung von Fremdenzimmerabgaben gab es seit 1921, es wurde 1922, 1924 und 1925 abgeändert. Schließlich wurde 1927 das Gesetz vom 24. Jänner 1927 betreffend die Ermächtigung der Gemeinden zur Einhebung einer Fremdenzimmerabgabe, LGBl. Nr. 5 erlassen.
- 24 VLA, Handakten LH Ender, Schachtel 4, Korrespondenzen 1931–1932, L-P, Otto Ender an die Gemeindevorsteherung von Lech, 25. Juni 1930. Die Angaben zu Gemeindevorsteher Anton Walch und die Bauten verdanke ich Thomas Felfer (Gemeindearchiv Lech).
- 25 VLA, Handakten LH Ender, Schachtel 4, Mappe Korrespondenzen 1931–1932 H-K, Otto Ender an Pfarrer Alois Knecht (Warth), 4. Dezember 1931.
- 26 Lucie Varga, Ein Tal in Vorarlberg – zwischen Vorgestern und Heute, in: dies., Zeitenwende. Mentalitätshistorische Studien 1936–1939, Frankfurt am Main 1991, 146–169, hier 158.
- 27 Unter 44 Anlagen, die bis 1900 entstanden, erzeugten 10 über den Eigenbedarf hinaus Energie; bis 1918 entstanden insgesamt 114 großteils private Stromerzeugungsanlagen. Vgl. Vincent Abbrederis-Auer, Die Anfänge der Elektrifizierung in Vorarlberg in der Zeit von 1884–1918. Die Elektrizität als Motor der Zweiten Phase der Industriellen Revolution, Dipl.-Arb., Wien 1995, 37–40. Vgl. als Überblick zu E-Wirtschaft in Vorarlberg: Klaus Plitzner, Elektrizität in Vorarlberg. Vom Luxusgut zur alltäglichen Selbstverständlichkeit. Odr?, 1–43, abrufbar unter: <http://wirtschaftsarchiv-v.at/pdf/Elektrizitaet.pdf> (1.12.2013).
- 28 VLA, Handakten LH Ender, Korrespondenzen T-Z, Otto Ender an die Schriftleitung des Vorarlberger Tagblattes, 15. November 1920.
- 29 Compass. Finanzielles Jahrbuch 1933, Bd. Österreich, 66. Jg., 993.
- 30 VLA, Handakten LH Ender, Schachtel 2, Korrespondenzen 1923–1928 C-E, Otto Ender an das Bundesministerium für Finanzen, 18. April 1924.
- 31 Compass. Finanzielles Jahrbuch 1933, 977.
- 32 Friedrich Wilhelm Schindler (1856–1920) stattete bereits 1884 die väterliche Firma Jenny & Schindler mit elektrischer Beleuchtung aus, er entwickelte auch selbst eine Reihe wichtiger Patente, gründete die Firma „Elektra Bregenz“ und wurde selbst Kraftwerksunternehmer. Er initiierte das 1908 eröffnete Wasserkraftwerk bei Andelsbuch im Bregenzerwald, damals das größte der Monarchie. Vgl. Klaus Plitzner, Schindler, Friedrich Wilhelm, in: Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950, Bd. 10, Wien 1994, 151–152.
- 33 Die Gesellschafter von Jenny & Schindler waren über die 1905 gegründete Finanzierungsgesellschaft Watt AG in Glarus an den VKW beteiligt. Vgl. Plitzner, Elektrizität, 10.
- 34 32. Beilage im Jahre 1929 zu den stenogr. Sitzungsberichten des XIII. Vorarlberger Landtages, 165–169, hier 165.
- 35 Reinhard Mittersteiner, Kraftfelder. Strom prägt ein Jahrhundert. 100 Jahre VKW, Bregenz 2001, 201.
- 36 Sitzungsbericht über die vertrauliche Sitzung des Vorarlberger Landtages am 27. Dezember 1928 im Anschluss an die 12. Öffentliche Sitzung, 1–6, hier 2.
- 37 Ebd.
- 38 Vgl. 33. Beilage im Jahre 1929 zu den stenogr. Sitzungsberichten des XIII. Vorarlberger Landtages, 171–175, hier 174; vgl. Barnabas Fink, Die Wirtschaftsverhältnisse in Vorarlberg, in: Wirtschaft und öffentliches Leben (= Heimatkunde von Vorarlberg 6), Leipzig/Wien/Prag 1931, 75–77.
- 39 Zwischen dem Bodensee und Rankweil wurden 28 Gemeinden mit ca. 68.000 Einwohnern mit Strom beliefert. Compass. Finanzielles Jahrbuch 1933, 991.
- 40 Das Material zu diesem Sachverhalt ist gesammelt zu finden in: VLA, Handakten LH Ender, Schachtel 4, Korrespondenz 1928–1929, S-Z, Mappe „Angelegenheit Dr. Tarabochia“.
- 41 Vgl. Melichar, Ein Fall für die Mikrogeschichte? Otto Enders Schreibtischarbeit, 194 ff.
- 42 Im Ender-Nachlass findet sich nicht nur ein Lebenslauf Josef Johams aus dem Jahr 1931 (VLA, NL Ender, Schachtel 6, Mappe CA, „Curriculum vitae“, 9. April 1931), sondern auch eine „Programm-Skizze für die weitere Organisation und Fortführung der Anstalt“ (ebd.) und schließlich ein Schreiben Johams an Ender aus dem Jahr 1949, in dem Joham sich dankbar erinnert, dass die Intervention zur Berufung Johams in den Vorstand der CA von Ender ausgegangen sei (VLA, NL Ender, Schachtel 8, Josef Joham an Otto Ender, 15. März 1949).
- 43 Zu erwähnen sind neben zahlreichen anderen etwa die Fälle des Handelskammerpräsidenten Fritz Bösch und der Nenzinger Firma Schatzmann. Vgl. VLA, Schachtel 4, Korrespondenzen 1931–1932 A-D (Bösch) und Korrespondenzen 1929–1931 S-Z (Schatzmann).



- 44 Vgl. Gertrude Enderle-Burcel, Lobbyismus von Interessengruppen der österreichischen Industrie in den dreißiger Jahren – unter Berücksichtigung der Veränderungen bei der Durchsetzung industrieller Interessenpolitik in den zwanziger und dreißiger Jahren, in: Alice Teichova/Herbert Matis/Andreas Resch, Hg., *Business History. Wissenschaftliche Entwicklungstrends und Studien aus Zentraleuropa*, Wien 1999, 247–268.
- 45 VLA, Handakten LH Ender, Schachtel 4, Mappe Korrespondenzen L-P, Otto Ender an Otto Masanec, 28. November 1929.
- 46 Stenographisches Protokoll. 7. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. IV. Gesetzgebungsperiode, 27. 12. 1930, Rede Otto Enders, 149–150, hier 150.
- 47 Ebd.
- 48 VLA, Handakten LH Ender, Schachtel 4, Mappe Korrespondenzen 1929–1931 S-Z, Otto Ender an Bundesminister Theodor Innitzer, 23. September 1930. Der von Ender angekündigte Skandal um Innitzer blieb aus, die Debatte über die Probleme mit der Wohnbauförderung nicht: Vgl. Stenographisches Protokoll. 85. Sitzung des Nationalrats der Republik Österreich, 10. Juni 1932, S. 2271–2289.
- 49 Ebd., Schachtel 5, Mappe Korrespondenzen 1933 C-G, Otto Ender an Fritz Stockinger, 23. Oktober 1933.
- 50 Ebd., Otto Ender an Verkehrsminister Friedrich Stockinger, 28. Oktober 1933.
- 51 Vgl. Sitzungsbericht über die vertrauliche Sitzung des XIII. Vorarlberger Landtages am Montag den 4. März 1929, in: Stenographische Sitzungsberichte des 13. Vorarlberger Landtages zu Bregenz 1929, Bregenz 1929, 106.
- 52 Vgl. Hans Freihs, *Bahn ohne Hoffnung. Die österreichischen Eisenbahnen von 1918 bis 1938. Versuch einer historischen Analyse*, Wien 1971, 22, 153–155.
- 53 VLA, Handakten LH Ender, Schachtel 4, Korrespondenzen 1929–1930 S-Z, Georg Böhler an Landesrat Josef Kennerknecht, 5. Mai 1930.
- 54 Ebd., Otto Ender an Bundeskanzler Johann Schober, 9. Mai 1930.
- 55 Ebd., Schachtel 5, Korrespondenzen R-Sch, Otto Ender an Egon Seefehlner, 20. Oktober 1931.
- 56 Statistisches Handbuch für die Republik Österreich, IX. Jg., Wien 1930, 96.
- 57 VLA, Handakten LH Ender, Schachtel 3, 1931–1932, Korrespondenzen A-G, Mappe Alemannia – Genossenschaft i. L., Denkschrift der Verwaltung der „Alemannia“ Vorarlberger landwirtschaftliche Verwertungs- und Bezugs-Genossenschaft, reg. Gen. m. b. H. in Rankweil, 7. August 1929.
- 58 VLA, Handakten LH Ender, Schachtel 3, 1931–1932, Korrespondenzen A-G, Mappe Alemannia – Genossenschaft i. L., An die derzeitigen und ehemaligen Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates der „Alemannia“ (Rundschreiben), 22. September 1930, 7.
- 59 Ebd., 13 f.
- 60 Ebd., 14.
- 61 Ebd., Otto Ender an Vizebürgermeister Johann Kühne (Feldkirch) u. a., 25. Oktober 1930.
- 62 Darunter 85 Kreditgenossenschaften, 48 Molkereigenossenschaften, zwei landwirtschaftliche Verwertungsgenossenschaften, zwei Elektrizitätsgenossenschaften, sechs weitere Genossenschaften und 26 Einzelpersonen und Anstalten. VLA, Amt der Vorarlberger Landesregierung III, Abt. IIIc, Revisionsamt, Schachtel 24, Gesellschaft für Revision und treuhändige Verwaltung GmbH, Wien, Bericht über die Revision des Verbandes Landwirtschaftlicher Genossenschaften in Vorarlberg, 10. August 1930, 3. Ich danke Frau Cornelia Albertani vom Vorarlberger Landesarchiv für den Hinweis auf diesen Bestand.
- 63 Ebd., Bericht über die Revision des Verbandes Landwirtschaftlicher Genossenschaften in Vorarlberg, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung, 25. Oktober 1928.
- 64 Vgl. dazu die Zeitungsberichte: Verbandstag des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften, in: Vorarlberger Volksblatt, 2. Juni 1930, 3; Verbandstag der landwirtschaftlichen Genossenschaften. 280.000 S. verspekuliert, in: Vorarlberger Tagblatt, 2. Juni 1930, 7; Beim Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften 278.000 S verspekuliert, in: Vorarlberger Wacht, 5. Juni 1930, 3.
- 65 VLA, Handakten LH Ender, Schachtel 4, Korrespondenzen 1929–1931 S-Z, Dr. Winsauer erklärt, 27. August 1930.
- 66 VLA, Amt der Vorarlberger Landesregierung III, Abt. IIIc, Revisionsamt, Schachtel 24, Gesellschaft für Revision und treuhändige Verwaltung GmbH, Wien, Bericht über die Revision des Verbandes Landwirtschaftlicher Genossenschaften in Vorarlberg, 10. August 1930, 5.



- 67 Ebd., Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften an Landesrevisionsamt, undatiert (September 1930), 4.
- 68 Außerordentlicher Verbandstag des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften. Neuwahl des Vorstandes und des Aufsichtsrates, in: Vorarlberger Tagblatt, 31. Oktober 1930, 2.
- 69 VLA, Amt der Vorarlberger Landesregierung III, Abt. IIIC, Revisionsamt, Schachtel 24, Gesellschaft für Revision und treuhändige Verwaltung GmbH, Wien, Bericht über die Revision des Verbandes Landwirtschaftlicher Genossenschaften in Vorarlberg, 10. August 1930, 5.
- 70 Das Genossenschaftswesen und die Partei. Eine Erklärung der christlichsozialen Parteileitung, in: Vorarlberger Volksblatt, 26. August 1930, 1–2.
- 71 VLA, Handakten LH Ender, Schachtel 3, 1931–1932, Korrespondenzen A–G, Mappe Alemannia – Genossenschaft i. L., Otto Ender an Rechtsanwalt Arthur Ender (Feldkirch), 30. Oktober 1930.
- 72 Ebd., Schachtel 4, 1931–1932, Korrespondenzen L–P, Hans Nägele an Otto Ender an, 4. September 1930.
- 73 Ebd., Otto Ender an Hans Nägele, 6. September 1930.
- 74 Bedeutsame Erklärungen des Bundeskanzlers a. D. Dr. Ender, in: Vorarlberger Volksblatt, 15. Juli 1931, 1.
- 75 Vgl. dazu Isabella Ackerl, Das Ende der christlichsozial-großdeutschen Regierungskoalition, in: Ludwig Jedlicka/Rudolf Neck, Hg., Vom Justizpalast zum Heldenplatz 1927–1938, Wien 1975, 82–94.
- 76 Vgl. zu Schober: Rainer Hubert, Schober – „Arbeitermörder“ oder „Hort der Republik“. Biographie eines Gestrigen, Wien/Köln 1990.
- 77 Reinard Matthes, Das Ende der Ersten Republik. Studien zur Krise ihres politischen Systems, phil.-Diss., Universität Hamburg 1979, 217; Hubert, Schober, 383.
- 78 Vgl. Ulrike Harmat, Ehe auf Widerruf? Der Konflikt um das Eherecht in Österreich (= Studien zur Europäischen Rechtsgeschichte 121), Frankfurt am Main 1999, 450 ff.
- 79 Vgl. Rolf Steininger, „...der Angelegenheit ein paneuropäisches Mäntelchen umhängen...“ Das deutsch-österreichische Zollunionsprojekt von 1931, in: Michael Gehler u. a., Hg., Ungleiche Partner? Österreich und Deutschland in ihrer gegenseitigen Wahrnehmung. Historische Analysen und Vergleiche aus dem 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1996, 441–478.
- 80 Peter Berger, Im Schatten der Diktatur. Die Finanzdiplomatie des Vertreters des Völkerbundes in Österreich Meinoud Marinus Rost van Tonningen 1931–1936, Wien/Köln/Weimar 2000, 145.
- 81 Vgl. dazu Matthes, Das Ende der Ersten Republik, 221.
- 82 Österreichisches Staatsarchiv, Archiv der Republik, Bundeskanzleramt, Ministerratsprotokolle (MRP), Nr. 683, 10. April 1931, 15.
- 83 Ebd., 15.
- 84 Vgl. dazu Dieter Stiefel, Finanzdiplomatie und Weltwirtschaftskrise. Die Krise der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe 1931 (=Schriftenreihe des Instituts für bankhistorische Forschung 12), Frankfurt am Main 1989; Jürgen Nautz, Die CA-Krise 1931. Ein politischer Skandal?, in: Michael Gehler/Hubert Sickinger, Hg., Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, Wien/München 1995, 222–252.
- 85 68,75 Prozent aller österreichischen Aktiengesellschaften, so Stiefel, hätten ihre Geschäfte über die CA abgewickelt, 13,75 Prozent seien derart hoch bei ihr verschuldet gewesen, dass sie mit ihr untergegangen wären. Vgl. Stiefel, Finanzdiplomatie, 18; Nautz, CA-Krise, 232.
- 86 Vgl. Peter Eigner/Peter Melichar, Das Ende der Boden-Credit-Anstalt 1929 und die Rolle Rudolf Siegharts, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 19/3 (2008), 56–114.
- 87 Fritz Weber, Die österreichische Bankenkrise und ihre Auswirkungen auf die niederösterreichische Industrie, in: Andreas Kusternig, Hg., Beiträge über die Krise der Industrie Niederösterreichs zwischen den beiden Weltkriegen (Studien und Forschungen aus dem Nö. Inst. f. Landeskunde 7), Wien 1985, 128.
- 88 Nautz, CA-Krise, 232 f.
- 89 VLA, Nachlass Otto Ender, Schachtel 6, Mappe CA, Manuskript (für die Zeitschrift *Wiener Wirtschaftswoche*) ohne Titel zum CA-Zusammenbruch, undatiert (vermutlich Februar oder März 1933).
- 90 Gerald D. Feldman, Die Creditanstalt-Bankverein in der Zeit des Nationalsozialismus, 1938–1945, in: ders. (u. a.), Österreichische Banken und Sparkassen im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit. Erster Band: Creditanstalt-Bankverein, München 2006, 23–187, hier 25; Stiefel, Finanzdiplomatie, 15; Nautz, CA-Krise, 235.

- 91 VLA, Nachlass Otto Ender, Schachtel 6, Mappe CA, Manuskript (für die Zeitschrift *Wiener Wirtschaftswoche*) ohne Titel zum CA-Zusammenbruch, undatiert (vermutlich Februar oder März 1933).
- 92 Ebd., Mappe CA, Van Hengel an Finanzminister Otto Juch, 1. Juni 1931, 2.
- 93 Ebd., 3.
- 94 Ebd., 4.
- 95 Vgl. dazu: Otto Ender, Die ersten Creditanstalts-Gesetze. Sonderdruck, in: VLA, NL Otto Ender, Schachtel 6, Mappe CA.
- 96 Vgl. Hubert, Schober, 406.
- 97 MRP Nr. 700, 12. Juni 1931, 33.
- 98 Ebd.
- 99 MRP Nr. 701, 15. Juni 1931, 38.
- 100 Vgl. dazu Barbara Haider, „Die Diktatur der Vernunft“. Die Präsidialkabinette Brüning und das christlichsoziale Lager in Österreich, in: Demokratie und Geschichte. Jahrbuch des Karl von Vogelsang-Instituts zur Erforschung der Geschichte der christlichen Demokratie in Österreich 2 (1998), 194–227.
- 101 Der Abend, 18. Juni 1931, 1.
- 102 Neue Freie Presse, 18. Juni 1931, 1.
- 103 Die Stunde, 19. Juni 1931, 2.
- 104 Schwierigkeiten in den Verhandlungen für die Regierungsbildung, in: Reichspost, Freitag 19. Juni 1931, 1.
- 105 VLA, NL Ender, Schachtel 6, Mappe CA, [Manuskript Otto Enders für eine Erwiderung an das Neue Wiener Extrablatt], Fabelbildung um Landbund und Minister Winkler, undatiert (1931).
- 106 Eduard März/Fritz Weber, Österreichische Wirtschaftspolitik in der Zeit der großen Krise. Bürgerliche Strategie und sozialdemokratische Alternative, in: Erich Fröschl/Helge Zoitl, Hg., Februar 1934. Ursachen – Fakten – Folgen, Wien 1984, 15–33, hier 25.
- 107 Feldman, Die Creditanstalt, 25.
- 108 Feldman spricht davon, dass zwar 68,75 Prozent der österreichischen Unternehmen mit der CA in Verbindung standen, aber nur 13,75 Prozent wären „tatsächlich ins Straucheln geraten, wenn man den Zusammenbruch zugelassen hätte.“ Feldman, Die Creditanstalt, 25.
- 109 (Otto Ender), Die Antwort an Dr. Danneberg, in: Vorarlberger Volksblatt, 28. Februar 1928, 1–3, hier 2.
- 110 Otto Enders Haltung bezüglich des Anschlusses an die Schweiz kann hier nicht behandelt werden, aber es scheint klar, dass er der Ansicht war, man müsse das „Ziel in Österreich suchen“. Vgl. Daniel Witzig, Die Vorarlberger Frage. Die Vorarlberger Anschlussbewegung an die Schweiz, territorialer Verzicht und territoriale Ansprüche vor dem Hintergrund der Neugestaltung Europas 1918–1922, Basel/Stuttgart 1974, 31 f.
- 111 Zur Frage, worin konservative Denkmotive nach dem Zusammenbruch „des klassischen konservativen Denkgebildes“ bestehen, vgl. Panajotis Kondylis, Konservatismus. Geschichtlicher Gehalt und Untergang, Stuttgart 1986, 447, 469 ff., 504.
- 112 Hartmut Berghoff/Jakob Vogel, Wirtschaftsgeschichte als Kulturgeschichte. Ansätze zur Bergung transdisziplinärer Synergiepotentiale, in: dies., Hg., Wirtschaftsgeschichte als Kulturgeschichte. Dimensionen eines Perspektivenwechsels, Frankfurt am Main/New York 2004, 9–41, hier 12.
- 113 Vgl. Friedrich Wilhelm Graf, Beeinflussen religiöse Weltbilder den ökonomischen Habitus?, in: Berghoff/Vogel, Hg., Wirtschaftsgeschichte als Kulturgeschichte, 241–264.
- 114 Vgl. Achim Landwehr, Wirtschaft – Kultur – Geschichte. Positionen und Perspektiven, in: Hilger/Landwehr Hg., Wirtschaft – Kultur – Geschichte, 175–184, hier 176 f.
- 115 Achim Landwehr stellt die Frage: „Wie kommt die Kultur in die Wirtschaft?“, Landwehr, Wirtschaft, 176.
- 116 Hartmut Berghoff und Jakob Vogel annoncieren die „Wiederentdeckung der Kultur durch die moderne Ökonomie“. Vgl. Berghoff/Vogel, Wirtschaftsgeschichte als Kulturgeschichte, 18.
- 117 Karl Marx, Das Kapital, Bd. 1 (MEW 23), Berlin (Ost) 1978, 193.